

Aufzeichnung

Gespräch zwischen Frau Christiane Scrivener, EG-Kommissarin,
und dem Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes am
8. Februar 1990 in Genf

Einer Einladung des "Cercle des Amitiés internationales" Folge leistend, kam Frau Scrivener am Donnerstag, 8. Februar, nach Genf um einen Vortrag über "Le grand marché de 1992 face aux changements de l'Europe de l'Est" anlässlich eines "Dîner-conférence" zu halten. Vor diesem Anlass fand zwischen der EG-Kommissarin für Steuern und Zölle und dem Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes ein langes Gespräch statt^{*)}.

Bundesrat Stich eröffnete das Gespräch mit einem Dank an Frau Scrivener und an die ihr unterstellte Generaldirektion XXI für die ausgezeichnete Zusammenarbeit, die sich mit den schweizerischen Zollbehörden entwickelt und die Ausarbeitung mehrerer Abkommen gefördert hat. Er wies auf das grosse Interesse der Schweiz an der baldmöglichsten Unterzeichnung des am 20. Dezember 1989 paraphierten Abkommens Schweiz/EG über Erleichterungen der Grenzkontrollen im Warenverkehr hin. Ferner bat er Frau Scrivener, sich des leidigen Problems des passiven Textilveredelungsverkehrs anzunehmen. Frau Scrivener versprach, diesen beiden Fragen nachzugehen. Sie drückte auch ihr Bedauern über die Folgen des italienischen Zöllnerstreiks für die Schweiz aus. Sie hätte den italienischen Zollbehörden in dieser Angelegenheit ein Telegramm geschickt.

Frau Scrivener kam dann auf die Schwierigkeiten zu sprechen,

^{*)} Anwesend waren ebenfalls Frau Le Bail, Mitglied des Kabinetts von Frau Scrivener, sowie zwei Mitarbeiter des EFD (Kaiser und Rey).

- 2 -

auf welche die Schaffung der steuerlichen Rahmenbedingungen des "grand marché intérieur" stösst. Lösungen auf diesem Gebiet zu finden, sei umso schwieriger als zwei empfindliche Nerven berührt würden, nämlich das Geld und die Souveränität der Staaten. Deshalb sei auch für Entscheidungen in Steuer-sachen die Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten erforderlich.

Die Einführung einer gleichmässigen Quellensteuer, die am besten geeignet wäre, steuerbedingte Kapitalbewegungen nach der Befreiung des Kapitalverkehrs zu verhindern, sei leider wegen des Alleingangs der BRD vereitelt worden.

Um jedoch dem Steuerbetrug und der Steuerflucht entgegenzuwirken, haben sich am 18. Dezember 1989 11 Mitgliedländer der EG (ohne Luxemburg) auf einen Ausbau der Rechts- und Amtshilfe geeinigt. Ob die 11 Länder die vorgesehenen Massnahmen zur Anwendung bringen, ist noch nicht entschieden.

Auf die Frage von Bundesrat Stich, ob nicht zu erwarten sei, dass der Amtshilfe von den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich nachgelobt werde, antwortete Frau Scrivener indirekt, es sei deshalb wichtig, sich auf ein Minimum zu konzentrieren, um zumindest grosse Sünder zur Rechenschaft ziehen zu können. Auf dieser Basis scheint ein Durchbruch möglich; nicht zuletzt deshalb, weil der Kampf gegen die Geldwäscherei ebenfalls einen Ausbau der Rechtshilfe erfordert. So sind die EG-Länder, die bisher die Konvention des Europarats über die Rechtshilfe in Strafsachen samt Zusatzprotokoll über Steuerfragen nicht ratifiziert haben, nun bereit, dies zu tun. Luxemburg hat zu verstehen gegeben, dass es das Zusatzprotokoll mit einigen Vorbehalten ratifizieren würde. Frau Scrivener wollte wissen, ob die Schweiz, die das Protokoll unterzeichnet, aber nicht ratifiziert hat, einen solchen Schritt erwägen könnte.

In seiner Antwort betonte Bundesrat Stich, die Schweiz sei keineswegs im Rückstand bei der Bekämpfung der Geldwäsche-

- 3 -

rei, und er wies u.a. auf die Aufnahme eines entsprechenden Artikels im Strafgesetzbuch hin. Was die Rechtshilfe in Strafsachen betrifft, sei bekanntlich in der Schweiz die Steuerumgehung bzw. die Steuerflucht kein Kriminaldelikt. In Fällen des Steuerbetrugs würde aber die Schweiz bereits Rechtshilfe gewähren, was nicht alle EG-Länder täten. Es sei aber ausserordentlich schwierig, das Parlament zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zu bewegen und besser zuzuwarten, bis der EWR Gestalt annehme. Schliesslich gab er der Ueberzeugung Ausdruck, dass eine Quellensteuer viel effizienter sei als der Ausbau der Bürokratie und der Gerichte.

Frau Scrivener erklärte, dass sie diese Auffassung durchaus teile. Deshalb hätte sie auch vor, die Einführung einer gleichmässigen Quellensteuer durch die Industrieländer in einer wichtigen Rede vorzuschlagen, die sie im März halte. Der Widerstand werde anfänglich gross sein, meinte sie, aber die Idee werde sich schliesslich durchsetzen.

Als zweiter schwieriger Problembereich bezeichnet Frau Scrivener die für die Vollendung des Binnenmarktes notwendige Angleichung der nationalen Mehrwertsteuersysteme. Eines ist klar: Der Binnenmarkt wird verwirklicht, die Grenzkontrollen werden abgeschafft und die Privatpersonen sollen die Möglichkeit erhalten, im ganzen EG-Raum beliebig einzukaufen. Was die Harmonisierung der indirekten Steuern anbelangt, wird man sich auf das absolute Minimum beschränken, das notwendig ist, um den Binnenmarkt zu verwirklichen. Hiezu gehört u.a. die Annäherung der Mehrwertsteuersätze. Je mehr sich der Termin nähert, desto grösser werde der Druck, die Sätze anzupassen. Entsprechende Entscheide werden in verschiedenen Hauptstädten vorbereitet. Ansonsten müssten die Regierungen befürchten, dass die notwendige Annäherung durch die Marktkräfte erzwungen würden.

Ueber die Handhabung der Verbrauchslandbesteuerung nach Abschaffung der Grenzkontrollen scheint die EG-Kommissarin zu-

- 4 -

versichtlich. Aus ihren Erfahrungen bei der Schaffung des Einheitsdokuments ist sie überzeugt, dass die Handelsdokumente auch als Steuerunterlagen für die Entrichtung der Einfuhrsteuern benützt und die Kontrollen ex post durchgeführt werden könnten.

In ihrer Aussprache vor dem "Cercle des Amitiés internationaux" hielt sich Frau Scrivener eng an die vom Präsidenten Delors in seiner neusten Rede vor dem Europaparlament vorgezeichnete Linie. Die anschliessende "Fragestunde" gab aber der EG-Kommissarin die Gelegenheit, ihren gesunden Menschenverstand, ihren Pragmatismus und ihre Schlagfertigkeit unter Beweis zu stellen. Auf eine Frage über die zentralistischen Tendenzen der EG antwortete sie, dass die EG-Kommission bestrebt sei, sich ausschliesslich Problemen anzunehmen, die nicht von den einzelnen Mitgliedstaaten gelöst werden könnten. Dieses Subsidiaritätsprinzip entspreche genau der Philosophie des Föderalismus. Aber sie sprach sich auch für eine Verstärkung der Kompetenzen der EG-Kommission aus, damit diese ihre Aufgaben besser und schneller wahrnehmen könne.

13.2.1990 Kae/gb

ag

TELEFAX

Mission Suisse

20-02-1990

Réf.: 76.203

Berne, le

20 février 1990

Ref.:

col/wyn

Nombre de pages:

5

Expéditeur:

Bureau de l'Intégration DFAE/DFEP
3003 Bern
Fax-Tel.-Nr. 031/61.23.30

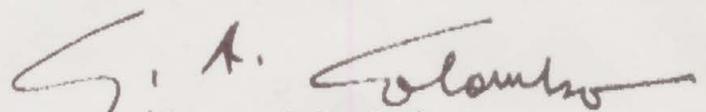
Destinataire:

Mission suisse, Bruxelles
A l'att. de M. von Tscharner
Fax-Nr. B - 231.04.40

Objet:

Nous vous remettons ci-joint le rapport des entretiens entre Mme Scrivener et M. le Conseiller fédéral Stich, comme convenu oralement avec M. de Watteville.

BUREAU DE L'INTEGRATION DFAE/DFEP


(G.-A. Colombo)

